

Plassnik: "Nepal auf seinem Weg Richtung Frieden und Demokratie unterstützen"

Einstimmiger Beschluss im Hauptausschuss des Nationalrats für Entsendung von zwei österreichischen Militärbeobachtern nach Nepal

Wien (OTS) - "Nepal hat nach 10 Jahren Bürgerkrieg endlich die Chance auf Frieden und Demokratie. Die internationale Gemeinschaft wird das Land im Himalaya bei der Umsetzung des im November 2006 geschlossenen Friedensabkommens und damit auf seinem Weg in Richtung Frieden und Demokratie unterstützen" sagte die Außenministerin.

"Die Friedensmission in Nepal ist ein konkretes Beispiel für die engen Verbindungslinien und Netzwerke zwischen Österreich, der Europäischen Union und der UNO. Die Bemühungen aller drei Ebenen greifen ineinander," so die Außenministerin. Die UNO unterstützt mit der Friedensmission UNMIN die Entwaffnung der Konfliktparteien und schafft damit die Voraussetzung für die Vorbereitung von demokratischen Wahlen. Die EU setzt sich gezielt für Armutsbekämpfung und Demokratisierung in Nepal ein und plant die Bereitstellung von Beobachtern für die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung, die bis Mitte Juni 2007 stattfinden sollen. Österreich engagiert sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Nepal und leistet einen konkreten Beitrag zur Armutsbekämpfung in den Schwerpunktsektoren ländliche Entwicklung und Tourismus.

Die Vereinten Nationen werden im Rahmen der Friedensmission UNMIN insgesamt 155 Militärbeobachter nach Nepal entsenden. Österreich wird sich an UNMIN mit der Entsendung von zwei Militärbeobachtern beteiligen.

"Diese Entsendung ist eine Fortsetzung der langjährigen österreichischen Tradition, die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen. Mehr als 60.000 Österreicher haben insgesamt im Rahmen der Vereinten Nationen bei weltweiten Friedenseinsätzen mitgewirkt. Für dieses aktive Engagement gibt es in Österreich einen breiten politischen Konsens, das ist mir wichtig. Auch bei der heute vorliegenden Friedensmission nach Nepal haben alle fünf Parlamentsparteien der Entsendung zugestimmt", sagte Plassnik.